# Außerordentliche
# Beilage zu Nr. 102 der Düsseldorfer Zeitung.

Dienstag den 11. April 1848.


## Telegraphische Depesche.

Berlin, 9. April 1848, Abends 6 Uhr.

Der Minister-Präsident an den Herrn Ober-Präsidenten Eichmann.

Nach neuem Beschlusse des Bundestages werden statt der Wahlen durch den Vereinigten Landtag andere angeordnet werden.

(gez.) Camphausen.

Köln, 10. April 1848.

Der Ober-Präsident Eichmann.

## Vereinigtes Deutschland.

Berlin, vom 7. April. Sicherm Vernehmen nach kann ich Ihnen mittheilen, daß das Ministerium heute Vormittag in dem Landtags-Ausschuß die Summe, welche dasselbe als Anleihe verlangt, auf 15—20 Millionen angegeben hat. Hr. v. Rothschild ist zwar heute hier angekommen und hat gleich eine Konferenz mit dem Finanzminister Hrn. Hansemann gehabt. Man befürchtet indessen allgemein, daß dieser große Banquier sich nicht in der Lage befindet, auf eine so bedeutende Anleihe einzugehen, und somit soll man beabsichtigen, diese Anleihe als eine gezwungene zu erhalten und zwar hauptsächlich von den Grundbesitzern, was nicht verfehlen dürfte, eine große Unzufriedenheit im Lande zu erregen.

Der König wird sehr bald seine Residenz nach Erdmannsdorf verleegen.

Gestern Abend fand ein Auflauf vor dem Hause des Hrn. v. Kästner statt, jedoch ohne Bedeutung.

Wann die nächste Landtags-Sitzung wieder stattfinden wird, hängt davon ab, wie bald der Ausschuß mit dem Ministerium in Betreff der Anleihe sich einigen und seinen Bericht vollendet haben wird. Am spätesten dürfte derselbe am 12. geschlossen werden; vielleicht erfolgt der Schluß aber schon am 10.

— Die Zusammenläufe unbeschäftigter Arbeiter haben auch gestern sich fortgesetzt und leider vor den Thoren Berlins zu sehr beklagenswerthen Ereignissen geführt. Es fand sich eine große Zahl solcher Menschen am Rehberge und in der Gegend des Plötzensees zusammen, um die dort mit Wegebau beschäftigten Arbeiter zur Erzwingung gewisser Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Die diesfälligen Aufforderungen wurden jedoch zurückgewiesen, da die Aufgeforderten die Arbeit in Accord übernommen haben. Diese Weigerung hatte Gewaltthätigkeiten zur Folge, welche mit Gewalt erwidert wurden. Der Ausgang war die Tödtung von 4 Personen. Viele sind überdies schwer verwundet. In der Stadt selbst war Alles ruhig. Man sah wohl einzelne Trupps die Straßen durchziehen, doch ist uns von neuen Angriffen auf Eigenthum oder Personen Nichts zu Ohren gekommen. Ein Tumult anderer Art fand jedoch im königl. Schauspielhause statt. In einem gestern zum ersten Male aufgeführten Lustspiele: „die Herzogin", von Dr. Klein, waren vielfache sehr unzweideutige Anspielungen auf eine hier sehr bekannte Persönlichkeit enthalten. Die Opposition, welche dem Dichter ohnehin nicht fehlte, mag hierdurch zu Pochen und Zischen geneigt worden seyn. Eine Reaction, welche sich gegen diese Tyrannei des Parterrepublikums geltend zu machen versuchte, vermehrte den Lärm, und die Intendanz war genöthigt, in der Mitte des 3. Aktes (das Stück hat deren 5) den Vorhang fallen zu lassen. Das Publikum ward hierdurch beruhigt und wohnte ohne alle Störung der Aufführung eines andern Stückes ruhig bei.

Es läßt sich nicht behaupten, daß unter dem hiesigen Handelsstande Muthlosigkeit herrsche. Im Gegentheil hegt man allgemein das Vertrauen, daß die Verhältnisse, die im gegenwärtigen Augenblick allerdings nicht ohne Verwickelungen sind, deren Lösung eine der schwierigsten Aufgaben seyn möchte, dennoch sehr bald durch entscheidende Begebnisse eine Wendung erhalten müssen, welche zu einem befriedigenden Ausgange endlich führen muß.

Gerüchte lassen von neuem einen Personenwechsel in den höchsten Verwaltungsstellen erwarten. Man spricht davon, daß an die Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Hrn. Justizministers der gegenwärtige Chefpräsident des Oberlandesgerichts zu Frankfurt Dr. Scheller treten werde. Hr. Präsident Scheller ist allerdings wegen seiner umfassenden Gelehrsamkeit und Geschäftskenntniß, namentlich aber auch darum, weil derselbe unter allen in der Monarchie herrschenden Gesetzgebungen und Prozeßformen höhere Stellen im Justizdienste bekleidet hat, einer der zur Leitung der Rechtspflege am meisten befähigten Justizbeamten. (W. M.)

*†* Berlin, vom 9. April. Nirgends will man seine Zustimmung zu der von den Mitgliedern des vereinigten Landtags vorgenommenen Wahlen für Vertretung Preußens bei dem deutschen Parlament zu Frankfurt a. M. geben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auf den Wunsch des preußischen Volkes die Zusammenkunft des deutschen Parlaments noch um einige Zeit aufgeschoben werden wird, damit zur Beschickung in der ganzen preußischen Monarchie noch Vorwahlen vorgenommen werden können.

Der jüngere Künstlerverein hat gestern der hiesigen Akademie der Künste eine Adresse überreicht, worin jener eine zeitgemäße Reorganisirung gedachter Akademie dringend verlangt und dazu auch geeignete Vorschläge macht. Man erwartet um so mehr einen günstigen Erfolg dieser Adresse, als schon längst eine Reform der hiesigen Akademie beabsichtigt, und die Ausführung derselben nur von einzelnen einflußreichen Mitgliedern des Instituts aus persönlichen Gründen bisher noch zurückgehalten worden ist.

Alles bemüht sich jetzt, die Gemüther zu beruhigen, damit die Gewerbe nicht ferner ganz darniederliegen.

Seit gestern ist hier die Nachricht verbreitet, daß die Polen unter Anführung des v. Mieroslawski es gewagt hätten, das starke Fort Winziary von der Festung Posen anzugreifen, von den darin liegenden preußischen Truppen aber durch ein ernstes Batterie-Feuer zurückgeworfen worden wären. Unsres Erachtens wird sich dies nicht bestätigen, weil wir einen Angriff der Polen auf eine preußische Festung für verwegen und unklug halten.

Wieder ist ein zahlreicher Trupp junger Polen über Straßburg aus Frankreich hier angelangt. Dieselben begeben sich nach dem ehemaligen Königreich Polen, um dort an dem Kampf für dessen Wiederherstellung tapfer Theil zu nehmen.

Magistrat und Stadtverordnete haben einstimmig beschlossen, dem Drechsler Hesse sowie dem Zigarren-Verfertiger Bremer, welche sich in der denkwürdigen Nacht vom 18 zum 19. März bei den Barrikaden durch Muth und Tapferkeit so ruhmvoll ausgezeichnet, das Berliner Bürgerrecht unentgeldlich zu ertheilen.

Reisende, die den Sund erst kürzlich auf preußischen Schiffen passirten, versichern uns daß Seitens Dänemarks ihnen bei der Durchfahrt nichts Feindliches in den Weg gelegt worden ist.

Karlsruhe, vom 8. April. Heute Morgen fanden in der Stadt mehrere Verhaftungen statt, worunter die eines Unteroffi[illegible]der, wie man sagt, in einem Bierhause scharfe Patron[illegible] getheilt hat.

Au[illegible]aden, vom 8. April. Gestern wurde Fickler in Karlsruhe im Namen des Gesetzes als Volksaufwiegler verhaftet. Seine Verhaftung wurde am Bahnhof, wo er eben mit dem Bahnzug angekommen, durch den Abgeordneten Mathy vollzogen. Aus letzterem Umstande geht unzweifelhaft hervor, daß diese Maßregel auf den Grund zureichender Anzeige und mit Vorwissen der Kammer stattgefunden. Jedenfalls spricht sich die öffentliche Meinung nur sehr günstig über diese Verhaftung aus, da das Treiben dieses Republikaners, der in Wort und Schrift zum Umsturz der bestehenden Verfassung aufforderte und selbst zu Gewaltmitteln seine Zuflucht zu nehmen drohte, nachgerade den allgemeinen Unwillen aller rechtlichen Bürger mit Unmillen erfüllte. Die Aufregung im Seekreis, welche nach allen Berichten dem Ausbruche nahe steht, ist größtentheils sein Werk. — Die Ernennung des Abg. v. Soiron zum Präsidenten des Justizministeriums ist Ihnen ohne Zweifel schon bekannt. (Fr. J.)

Mannheim, vom 8. April. So eben wurde hier folgende Erklärung unter der Bürgerschaft verbreitet: „Aufgefordert durch die Gemeindebehörde, eine Erklärung zu geben, über die Verhaftung des Herrn Fickler, welche heute frühe in dem Bahnhofe zu Karlsruhe von mir vorgenommen wurde, entspreche ich dieser Aufforderung in Folgendem: Gestern Vormittag in dem Ständehause und gestern Abend bei Herrn Präsidenten Mittermaier überzeugte ich mich, daß urkundliche Beweise vorliegen, welche darthun, daß Herr Fickler im Auslande Verbindungen mit Deutschen und Ausländern gepflogen hat, welche einen bewaffneten Einfall in Baden bezweckten. Diese Handlung ist Landesverrath, jeder Bürger, welcher davon zuverlässige Kenntniß erhält, hat die Pflicht, solchen Verbrechen entgegen zu treten, und diese Pflicht habe ich erfüllt, indem ich Herrn Fickler verhaftete. Derselbe ist nun in den Händen der Gerichte, und wird sich gegen die dort vorliegenden Anschuldigungen und Beweise, welche ihn eines schweren Verbrechens bezüchtigen, verantworten und vertheidigen. Die Bürger von Mannheim, welche stets die Gesetzlichkeit als die unerläßliche Bedingung der Freiheit und der Wohlfahrt geachtet haben, werden aus dieser Erklärung entnehmen, daß ich nur eine Bürgerpflicht erfüllt habe, indem ich Bestrebungen entgegentrat, welche das Vaterland in großes Unglück zu stürzen drohten.

Mannheim, 8. April 1848. Karl Mathy.

Gemeinderath und Ausschuß haben beschlossen, diese Erklärung öffentlich bekannt zu machen.

Mannheim, 8. April 1848.

Der erste Bürgermeister Jolly.

Mainz, vom 8. April. So viel wir aus guter Quelle erfahren konnten, beträgt die Zahl der hier und in Kastel Verhafteten, welche an der Zerstörung der Eisenbahn und bei dem nichtswürdigen, an dem Hause des Bauunternehmers Lotharp verübten Excesse sich betheiligten, über Vierzig, von denen Viele ausgesagt haben, daß sie bezahlt worden. Diese wollen auch, wie sie erklärten, vor Gericht Diejenigen nennen, von welchen sie aufgereizt, und so ist die sichere Aussicht vorhanden, daß die Anstifter dieses ruchlosen Bubenstücks der gerechten Strafe nicht entgehen werden. Einige dieser Anstifter sind entflohen, und unter diesen befindet sich Hr. Heinrich Städel, bei dem einzelne Stücke der zerstörten Eisenbahn gefunden worden seyn sollen. Derselbe hat sich überdies schon sehr verdächtig gemacht durch einen, an die Bürger von Mainz unterm 18. März gerichteten von ihm mit der Unterschrift „Henri Städel" versehenen Aufruf, worin er verlangt, daß eine Deputation die Regierung bitten solle, vorläufig folgende Maßregeln zu ergreifen: „1) den Transit von Frachtgütern auf der Eisenbahn durch das hessische Gebiet zu untersagen; 2) zu untersagen, daß Schleppschiffe Güterschiffe an Mainz vorüber schleppen; 3) die Rheinschiffahrts-Convention vom 31. März 1831 den betheiligten Regierungen aufzukündigen und die Convention von 1804 mit einigen zeitgemäßen Aenderungen wieder an deren Stelle treten zu lassen."

Herr Henri Städel wollte also, wie Sie hieraus ersehen, um 44 Jahre zurückgehen, und diese seine Absicht fand denn auch unter einem Theile der Rheinarbeiter, den sogenannten Voranziehern, viel Anklang und seitdem sind diese gegen die Schleppschiffe aufgetreten und haben hierdurch nicht geringe Ruhestörung veranlaßt. Ob Hr. Henri Städel jetzt nach Holland entflohen, um dort auf eigene Faust die Aufhebung der oben erwähnten Convention zu betreiben, wissen wir nicht. (Fr. J.)

Frankfurt, vom 8. April. So eben wird nachstehender Aufruf des Fünfzigerausschusses veröffentlicht:

### „An das deutsche Volk!

Die Wahlen zu der bevorstehenden constituirenden Nationalversammlung sind die zunächst wichtigste Aufgabe unseres Volkes. Denn diese Versammlung muß die Freiheitsrechte des Volks aussprechen und feststellen, über die Verfassung beschließen und diejenigen Gewährleistungen auffinden, welche den Bestand der neuen Schöpfung sichern. Die Ruhe ist in Deutschland nicht gesichert, der erschütterte Credit kann nicht wieder aufblühen, der darniederliegende Verkehr sich nicht neu beleben, bis das Vertrauen auf die Zukunft wiederkehrt; dieses Vertrauen aber wurzelt einzig und allein in den Grundlagen und Grundgesetzen, welche die constituirende Versammlung zu schaffen berufen ist.

Es ist daher Pflicht jedes deutschen Mannes, der es mit des Vaterlandes Ruhe, Freiheit und Wohlstand redlich meint, alle seine Kräfte dafür zu verwenden, daß die Wahlen sofort und im Sinne der Frankfurter Beschlüsse ausgeführt werden. Das ganze Volk soll sein Heil von Frankfurt erwarten, deshalb muß das ganze Volk dort vertreten seyn. Kann auch bis zur Herstellung eines allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts, welches zu schaffen ebenfalls Aufgabe der konstituirenden Nationalversammlung ist, nur der Angehörige des einzelnen Staates in demselben wählen (also nur der Badener in Baden, der Sachse in Sachsen), so muß mindestens jeder Staatsangehörige wählen. Es darf kein Unterschied nach Stand, Rang, Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden; es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft, es darf kein volljähriger, selbstständiger Mann davon ausgeschlossen werden. Direkte und unmittelbare Wahlen sind das grundsätzlich Richtigste und es muß mit aller Kraft darauf gehalten werden, wo aber auch indirekte Wahlen angeordnet werden, da muß mindestens, sowie bei den unmittelbaren, die obige allgemeine Berechtigung anerkannt werden. Wählbar aber ist jeder Deutsche im ganzen deutschen Vaterlande.

Deshalb muß dem Spießbürgerthum kräftig entgegengetreten werden, welches meint, es müßten die Interessen der besonderen Stadt, des besonderen Landes, des besondern Standes bei der constituirenden Vereammlung vertreten seyn. Diese engherzige Ansicht hat der untergegangene Polizeistaat gezeugt und genährt, welcher das ganze Volk in Theile, Stände und Kasten spaltete, um auf diese Spaltung seine Herrschaft zu begründen. Es gibt bei der constituirenden Versammlung keine besondern Interessen, diese sind in den Vertretungen der einzelnen Länder geltend zu machen; es gibt nur Allgemeines, nur Deutsches. Die Wahl ist daher überall auf Männer zu lenken, die ein warmes und großes Herz für das Gesammtvaterland und seine Freiheit haben, die Muth und Kraft besitzen, Hand anzulegen an deren Gründung.

Wir fordern demnach alle wahrhaft deutschen Männer auf, die Wahlen auf das angelegentlichste zu befördern. Besonders den städtischen Behörden und Körperschaften, die sich in so ausgezeichneter Weise an den Bewegungen der Gegenwart betheiligt haben, den Wahlausschüssen für einzelne Länder, den Vaterlands- und andern Vereinen, und dem Volke in seiner freien Versammlung legen wir diese große und heilige Sache ans Herz und bitten hiermit um sofortige Kunde darüber, was in den einzelnen Ländern geschieht und geschehen ist.

Laßt uns, deutsche Brüder, gemeinsam arbeiten mit Kraft und Ernst. Als Frucht unserer Arbeit ersteht, was wir Alle ersehnen und erstreben:

Das eine freie deutsche Vaterland!

Frankfurt a. M., 8. April 1848.

**Der Fünfziger-Ausschuß.**

Soiron, als Vorsitzender.

Simon, als Schriftführer.

## Oestreich.

Aus Ostgalizien, vom 26. März. Die Gränze bei Nowosielitza (Neudörfl) ist von Rußland aus fast ganz gesperrt. Nur Kaufleute, welche dem russischen Zollamte persönlich bekannt sind, dürfen mit Pässen der Landesstelle nach Rußland eintreten. Das Sprechen bei der Zollschranke ist nur in gehöriger Entfernung, in russischer Sprache, und im Beiseyn russischer Beamten gestattet. (Oest. Z.)


Redacteur L. Stahl.

Druck und Verlag der L. Stahl'schen Buchdruckerei.

Außerordentliche

# Beilage zu Nr. 102 der Mittelbayerischen Zeitung.

Freitag den 11. April 1848.